

geben und den Eindruck erwecken, als läge darin eine Absage an die Politik der neuen Reichsregierung. Dieser Eindruck kann durch Veröffentlichungen nicht aufgehoben werden.

„Dazu kommt, daß die Waffenstillstandsbedingungen der Feinde, die wir stündlich erwarten, ebenso wie die schweren Fragen der Übergangszeit im Innern die Anwesenheit des Trägers der Krone zu unmittelbarer und unverzüglicher Rücksprache nötig machen.

„Unter diesen Umständen sehe ich keine Möglichkeit, die Friedensaufgabe, die mir bei Übernahme der Kanzlerschaft nach innen und außen gestellt wurde, ohne Euer Majestät Anwesenheit durchzuführen.

„Euer Majestät bitte ich daher alleruntertänigst, baldigst zurückzukehren. Eine längere Abwesenheit als bis Donnerstag würde sich meines Erachtens nicht verantworten lassen; wir können stündlich vor Entschlüsse gestellt werden, von denen das Schicksal Deutschlands abhängt und die nur im Zusammenwirken von Krone, Reichskanzler und Regierung gefaßt werden können. Ich selbst kann in dieser Lage Berlin unmöglich verlassen.“

Ich erhielt die Antwort:

„Hofzug, den 31. Oktober 1918.

„Großes Hauptquartier, 30. Oktober.

„Auf Telegramm von heute [Nr. 15 an Frhrn. v. Grünau] haben Seine Majestät mich beauftragt, Euer Großherzoglichen Hoheit zu erwidern, daß Seine Majestät die Reise in das Große Hauptquartier angetreten haben, weil hier dringende militärische Angelegenheiten, die mit der Frage des Waffenstillstands und des Friedens im engen Zusammenhang stehen, Allerhöchsthre Anwesenheit unumgänglich notwendig machen, und daß Seine Majestät nicht beabsichtigen, hier länger als nötig zu verbleiben. Etwas Gerüchte über die Absicht eines militärischen Rückschlags gegen die vollstümliche Regierungsform flankierte [sic] jede tatsächlichen Observationen. Euer Großherzoglichen Hoheit sei bekannt, daß Seine Majestät wiederholt die Absicht gehabt haben, sich vor der Öffentlichkeit zu den Reformen auf dem Gebiet der inneren Politik zu bekennen, und daß entsprechende Veröffentlichungen entgegen seinem ausdrücklichen Willen und im Widerspruch mit der Meinung der parlamentarischen Mitglieder des sogenannten Kriegskabinetts unterblieben seien. Seine Majestät haben mich beauftragt, erneut eine entsprechende Veröffentlichung zu empfehlen. Ein neuer diesbezüglicher Entwurf wird durch Geheimrat v. Orpander dem Reichskanzler vorgelegt sein.

v. Delbrück.“